

Kindern, die von einem bestimmten Niveau der Strahlung an zu einer höheren Dosis führt, und zweitens, weil die Zellen eines wachsenden Kindes sich schneller teilen und damit ihre DNA der Strahlung mehr ausgesetzt sind, was anfälliger für Strahlenschäden macht, erklärt Olson. „Die Ursache, daß auch Frauen anfälliger als Männer sind, ist wahrscheinlich auf eine Kombination von Mechanismen zurückzuführen und erfordert weitere Untersuchungen“, sagt Olson. Das andere „Body-Mass“ könne ein Faktor sein, aber wir wissen auch, daß die reproduktiven Gewebe sehr strahlenempfindlich sind und Frauen haben einen höheren Anteil dieser Gewebe in ihrem Körper als Männer, gibt Olson zu bedenken. Die Daten der National Academy of Sciences berücksichtigen zudem nur externe Strahlungsquellen, die interne Exposition müsse aber auch berücksichtigt werden, um die Wirklichkeit zu beschreiben.

Diese Informationen kommen zu einem entscheidenden Zeitpunkt für Fukushima, weil es unzählige junge Frauen mit Kindern gibt, die die radioaktiv verseuchten Gebiete verlassen wollen, dies aber nicht können, weil sie nicht über die nötigen finanziellen Mittel dafür verfügen. Und die japanische Regierung stellt keine finanzielle Entschädigung zur Verfügung, sagt Aileen Mioko Smith von Green Action in Kyoto, Japan.

Eine Spezies kann nicht gut überleben ohne Schutz für die Jungen und Mädchen, erklärt Olson. Dies sei auch keine spezifische Frauenangelegenheit, denn auch die Männer müßten gleichzeitig gesund sein.

Nuclear Information and Resource Service: Atomic Radiation is more harmful to women. NIRS Briefing Paper, October 2011, [www.nirs.org](http://www.nirs.org), [www.nirs.org/radiation/radhealth/radiationwomen.pdf](http://www.nirs.org/radiation/radhealth/radiationwomen.pdf) ●

## Nahrungsmittelbelastungen

### Auch Tschernobyl ist noch nicht gegessen

Der diesjährige Spitzenwert der Pilzmessungen des Umweltinstituts München liegt bei 2.500 Becquerel Cäsium-137 pro Kilogramm. Diese Belastung wiesen Maronenröhrlinge aus dem Gebiet um Mark Oberdorf im Allgäu auf, gefunden im Oktober 2011. Werte im 4-stelligen Bereich sind leider noch keine Seltenheit, vor allem bei Maronenröhrlingen und Semmelstopelpilzen. Diese Sorten können Cäsium besonders gut aufnehmen, teilt das Umweltinstitut München mit.

Wiederholt gelangten Pilze mit unzulässig hoher Strahlenbelastung auch in den Handel. Das Umweltinstitut München hatte schon 2010 bei Stichprobenuntersuchung von Pfifferlingen 1.000 Becquerel Cäsium-137 pro Kilogramm (Bq/kg) Frischmasse nachgewiesen. Der EU-Grenzwert liegt bei 600 Bq/kg. Die laut Herkunftsbezeichnung aus Rumänien stammenden Pilze waren möglicherweise falsch deklariert, wurde erklärt.

Auch die neuerliche Grenzwertüberschreitung dürfte nicht die letzte gewesen sein. „Der Anstieg der Cäsium-Belastung bei osteuropäischen Pfifferlingen in den letzten Jahren ist auffallend“, hatte Karin Wurzbacher, Physikerin am Umweltinstitut München, vor einem Jahr erklärt. Pilze aus Osteuropa, vor allem aus Litauen und Lettland, waren jedoch in der Vergangenheit zum großen Teil deutlich geringer belastet als die vor unserer Haustür – sofern sie nicht gerade aus den von Tschernobyl hochkontaminierten Gebieten in Weißrußland, Rußland oder der Ukraine kamen. „Die Vermutung liegt daher nahe, daß

nun mit Tricks gearbeitet wird“, so Wurzbacher.

So gibt es Hinweise darauf, daß Pfifferlinge aus verschiedenen osteuropäischen Ländern etwa nach Litauen gebracht werden, um dort verpackt und verschickt zu werden – und zwar mit der unverdächtigen Herkunftsbezeichnung „Litauen“. Denselben Informationen zu Folge sollen Pilze aus kontaminierten Regionen mit solchen aus Gebieten mit geringer Belastung gemischt werden, damit auch extrem hoch belastete Pilze in den Handel kommen können. „Das ist eine üble Verbrauchertäuschung. Damit werden uns Pilze untergejubelt, die nicht auf die Märkte kommen dürften“, kritisierte Christina Hacker, Vorstand im Umweltinstitut München. Man könne sich nicht darauf verlassen, daß wenigstens die Grenzwerte eingehalten werden.

Das Umweltinstitut München fordert, daß Pilze regelmäßig und nicht wie bisher nur stichprobenartig kontrolliert werden, um die Einhaltung des Grenzwerts so schärfer zu überwachen. Die radioaktive Belastung vor allem von Pilzen durch die Reaktorkatastrophe von Tschernobyl ist ein europaweites Problem. Strahlende Pfifferlinge werden sicherlich nicht nur in München verkauft. ●

## Atomwirtschaft

### Stromkonzerne steigen aus der Urananreicherung aus

Die Stromkonzerne RWE und Eon steigen aus der Urananreicherung in Gronau aus. Die Anteile beider Unternehmen an der Nuklearfirma Urenco stünden zum Verkauf. Das verlautete im September 2011

aus den Firmen. Es sei denkbar, daß noch in diesem Herbst ein Käufer gefunden werde. Wegen des Atomausstiegs werde die Urananreicherung nicht mehr benötigt, hieß es zur Begründung.

Unklar ist, wer Deutschlands einzige Urananreicherungsanlage (UAA) im münsterländischen Gronau künftig weiterbetreiben soll. Der Eigentümer Urenco gilt als weltweit führender Anbieter von Atombrennstoff. Beteiligt sind neben RWE und Eon auch der britische und der niederländische Staat zu jeweils einem Drittel. Die Produktion wird seit Jahren ausgebaut und soll zum Ende dieses Jahres rund 7 Prozent des Weltmarktes betragen. Damit können 35 große Atomkraftwerke mit Brennstoff versorgt werden.

Auch die britische Regierung habe bereits angedeutet, ihren Anteil verkaufen zu wollen, heißt es. RWE und Eon hoffen offenbar auf eine Übernahme durch die niederländische Regierung.

Beide Unternehmen benötigen Geld: RWE schätzt den Gewinneinbruch durch die bereits abgeschalteten Atomkraftwerke auf mehr als 1 Milliarde Euro allein in diesem Jahr.

Eon hat die Entlassung von mehr als 11.000 Mitarbeitern angekündigt. Der Wert der Urenco-Beteiligung wird auf rund 1 Milliarde Euro geschätzt. „Es gibt sinnvollere Investments als diese Atomfabriken“, wird ein Eon-Mitarbeiter zitiert. Bei der Verkaufsentscheidung hätten aber auch die berechtigten Proteste von Umweltschützern gegen den Atommüllexport nach Rußland eine Rolle gespielt, heißt es.

Die niederländische Regierung wehrt sich jedoch einem Bericht der Zeitung Het Financieele Dagblad zufolge gegen den Ausverkauf: Die Niederlande verfügten über Veto-Möglichkeiten, hieß es